

## Dialog über Integrationsarbeit

### Mannheim und Berlin im Austausch

2015 entstand die Idee, und im selben Jahr war auch schon eine Delegation aus Mannheim zu Gast in der Partnerstadt Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf, um auf Einladung des Bezirksbürgermeisters mit Kolleginnen und Kollegen über die städtische Integrationsarbeit in den Dialog zu gehen. Jetzt fand der Gegenbesuch in Mannheim statt.

Unter der Leitung von Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann (SPD) reiste eine Delegation mit Vertretern des Bezirksbeirats, des Integrationsausschusses und der Bezirksverordnetenversammlung sowie der Partnerschaft für Demokratie nach Mannheim. Hier standen der Austausch über politische Gestaltungsmöglichkeiten und Beteiligungsformen von Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund sowie Erfahrungen mit der aktuellen Situation von Flüchtlingen in Mannheim und Berlin im Vordergrund.

Erste Gespräche fanden bereits direkt nach der Ankunft der Gäste während eines Treffens mit Oberbürgermeister Dr. Kurz statt. Vertieft wurden die Diskussionen in einem Workshop, an dem neben den Berliner Gästen auch Mannheimer Gemeinderäte und Bezirksbeiräte teilnahmen sowie Vertreter der Verwaltung. Hier wurden die strukturelle Situation und die inhaltliche Arbeit der Migrationsbeiräte und Integrationsausschüsse verglichen und Ideen für eine Stärkung der Zusammenarbeit gesammelt. Es zeigte sich, dass zwar beide Modelle als insgesamt gut bewertet wurden, der Workshop aber Ideen und Impulse für die weitere Ausgestaltung der Arbeit brachte. Die Ergebnisse des Workshops werden noch im Oktober als Vorlage in den Integrationsausschuss eingebracht.

Einen wichtigen Impuls gab Bezirksbürgermeister Naumann mit seiner Darstellung der aktuellen Situation der Flüchtlinge in Berlin und insbesondere in Charlottenburg-Wilmersdorf. Innerhalb der Berliner Stadtbezirke steht Charlottenburg-Wilmersdorf zahlenmäßig an vierter Stelle bei der Unterbringung von

Asylbewerbern. Mit viel Nachdruck machte der Bezirksbürgermeister deutlich, wie wichtig es sei, alle Unterbringungen für Geflüchtete in reguläre Versorgungsstrukturen einmünden zu lassen und eine positive Willkommenskultur zu schaffen. Das überragende ehrenamtliche Engagement gelte es, zu erhalten, und die Gesellschaft sei in der Pflicht, die Hürden für eine gelingende Integration so gering wie möglich zu halten. Eine außergewöhnliche Darstellung des Gewinns, den Inklusion unserer Gesellschaft bringt, konnten die Gäste aus Berlin zusammen mit Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz am Abend erleben: In der Kirche auf Benjamin Franklin wurde mit Sounds of Franklin ein musikalisches Abbild einer bunten Gesellschaft präsentiert. Komponist und Arts Integration Consultant Glenn McClure betonte, wie wichtig es sei, miteinander zu feiern, um sich dann mit Offenheit und Toleranz am Verhandlungstisch begegnen zu können.

Am Folgetag wurde das Thema der Willkommenskultur in unserer Gesellschaft vertieft, hier auch mit besonderem Fokus auf die Flüchtlinge. Bei einem Rundgang durch den Jungbusch stellten Ali und Mehmet Urgan sowie Johannes Kieffer die Arbeit der Orientalischen Musikakademie vor, die nicht nur mit der Popakademie kooperiert, sondern auch intensive und beeindruckende Stadtteilarbeit und Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen leistet. Die Bereitschaft, mit Menschen anderer Religionen und Kulturen zusammen zu arbeiten und sich für eine offene Bürgergesellschaft zu engagieren, wurde auch bei dem Besuch der Yavuz-Sultan-Selim-Moschee deutlich. Talat Kamran vom Mannheimer Institut für Integration und Interreligiösen Dialog e.V. und Bilal Dönmez, Vorsitzender der Türkisch Islamische Gemeinde zu Mannheim, führten in die Arbeit der Moschee ein.

Für 2017 sind schon die nächsten Kooperationsprojekte zwischen Mannheim und Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf angedacht. (red)



Die Gäste aus der Partnerstadt Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf auf Gegenbesuch in Mannheim. FOTO: STADT MANNHEIM

## Herausragendes Ereignis

### 1300 Starter bei FRANKLIN-Meilenlauf

Sport verbindet... Dies zeigt sich im ersten Meilenlauf, der sich über die drei Konversionsflächen FRANKLIN, Spinelli und Taylor sowie die Stadtteile im Norden Mannheims erstreckt. Bei schönstem Wetter starteten rund 1300 Läufer in den FRANKLIN-Halbmarathon, in den 9-Meilen-Lauf und in den BUGA Team Lauf.

Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz bekräftigte, dass Sport bei der Entwicklung des Areals auch weiterhin eine große Rolle spielen wird. Dies zeigt sich bereits bei der Zwischenbenutzung des Gebietes über die vielen Sport-Veranstaltungen, die in der Vergangenheit stattgefunden haben. Dr. Konrad Hummel, Leiter der Geschäftsstelle Konversion, betonte die besondere Atmosphäre des historischen Quartiers, die sich auf die Teilnehmer, aber auch auf die Besucher überträgt und das Event zu einem herausragenden Ereignis macht.

Den Anfang übernahmen die Kleinsten bis sechs Jahre, die eine Runde über die 400 m lange Tartanbahn liefen. Beim GBG-Meilenlauf ging es dann schon auf eine Strecke von 1,6 km, was einer englischen Meile entspricht. Fast 70 Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahre traten an und konnten so das über viele Jahre verschlossene Gelände von einer ganz neuen Seite erkunden. Der Sieger durfte, ebenso wie der Zweit- und Drittplatzierte und die besten drei Mädchen, eine ganz besondere Trophäe in Empfang nehmen: einen Abrißstein, der mit dem FRANKLIN-Siegel veredelt wurde und der für den Mannheimer eine ähnliche Bedeutung gewinnen dürfte wie für den Berliner ein Stück der gefallenen Mauer.

#### Weitere Informationen:

[www.franklin-mannheim.de](http://www.franklin-mannheim.de) (red)

## Von gegenseitigem Respekt getragenes Zusammenleben zu fördern

### Mannheim schmiedet ein Bündnis für Vielfalt – 140 Institutionen beteiligt

„Vielfalt ist schlicht eine Tatsache und wir wollen sie gestalten“, betonte Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz in seiner Ansprache vor mehr als 200 Gästen, die bei der Gründungsveranstaltung des Mannheimer Bündnisses für ein Zusammenleben in Vielfalt gekommen waren.

Als Zusammenschluss von derzeit 140 Institutionen verfolgt das Bündnis das Ziel, einen von gegenseitigem Respekt getragenes Zusammenleben zu fördern und den unterschiedlichen Formen der Benachteiligung und Ausgrenzung entgegenzuwirken. Mit dem Aufbau und der dauerhaften Etablierung des Bündnisses wurde eine Plattform geschaffen, auf der das bereits bestehende breite gesellschaftliche Engagement in der Stadt für ein von gegenseitiger Anerkennung und Verständigung getragenes Miteinander zusammengeführt und durch gemeinsame, öffentlichkeitswirksame Aktivitäten sichtbarer gemacht werden soll. Das Ziel: eine wachsende stadsgesellschaftliche Identifikation mit dem in der *Mannheimer Erklärung* formulierten Toleranzziel.

Oberbürgermeister Dr. Kurz dankte allen, die am Bündnis mitgearbeitet haben und die die *Mannheimer Erklärung* unterzeichnet haben und sich damit zu den Werten der Erklärung bekennen. Er wies auf die lange Tradition von Vielfalt in Mannheim hin aber auch auf die wichtige Gestaltungsaufgabe, die mit dem Bündnis verbunden ist: „Dinge gelingen nicht, wenn man sich nicht darum bemüht.“ Dr. Kurz ging auch auf die aktuelle politische Situation ein und betonte: „Das, was derzeit überall eingefordert wird, wird hier real: Gemeinsam Werte zu definieren und diese Werte zu vertreten. Das ist der Geist der *Mannheimer Erklärung*“, so der OB weiter. Es sei wichtig, dass das Bündnis und die Mannheimer Erklärung für eine Öffnung sorgen.

„Das, was jetzt am 3. Oktober in Dresden passiert ist, war kein normaler Protest wie wir ihn bislang kannten. Nicht Trillerpfeifen und Schmährufe sind neu, sondern das Motto, unter dem dies geschieht: 'Wir sind das Volk.'“



OB Dr. Kurz bei der Gründungsveranstaltung für das Mannheimer Bündnis für Vielfalt. FOTO: STADT MANNHEIM

Das ist eine zutiefst ausgrenzende Parole, denn sie bedeutet, dass die, die anderer Meinung sind, nicht Teil des Volkes sind. Das ist eine Aufkündigung von Dialog. Hier wird eine tiefgehende Spaltung klar formuliert und absichtsvoll betrieben“, mahnte der Oberbürgermeister. Es sei vor allem wichtig, im Rahmen des Bündnisses und auch jetzt während der Bündnistage, Menschen zusammenzubringen, die normalerweise nicht zusammenkommen. Jede Begegnung bedeute Veränderung: „Begegnungen sind wichtig, damit das Zusammenleben gelingt.“

Auch Andreas Foitzik vom Netzwerk Anti-Diskriminierung in Reutlingen, betonte die Bedeutung von Vielfalt und sprach über die Probleme, die Diskriminierung mit sich bringt. „Dass Menschen die Möglichkeit haben, die zu sein, als die sie sich selbst verstehen, das ist Vielfalt“, erklärte er. Diskriminierung geschehe oft, ohne dass wir es

bemerkten oder beabsichtigten. „Dabei geht es um die Effekte die bei den Menschen ankommen“, so Foitzik weiter.

Das Mannheimer Bündnis bezeichnete er als „breit, tief und aktiv“. „Hier treffen sich Menschen, die sonst eher mit sich selbst zu tun haben und sie erkennen, dass sie mehr Verbindendes als Trennendes haben“, erklärte er. Das Programm der Bündnistage stehe klar für Vielfalt. „Im Programm der Bündnistage und im Bündnis wird klar, dass Menschen in Mannheim eine Heimat finden können, ohne andere Heimaten aufgeben zu müssen“ (red)

#### Weitere Informationen:

Die Mannheimer Aktionstage dauern noch bis zum 16. Oktober. Das Programm der Bündnistage ist unter [https://www.mannheim.de/sites/default/files/page/70246/ma\\_bue\\_programm\\_rz6\\_barrierefrei.pdf](https://www.mannheim.de/sites/default/files/page/70246/ma_bue_programm_rz6_barrierefrei.pdf) abrufbar.

## Maßnahmenwert nicht überschritten

### Trifluoracetat hat keine Auswirkungen auf Mannheimer Trinkwasser

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat am Montag, 10. Oktober, informiert, dass im Neckar eine erhöhte Konzentration eines unerwünschten Stoffes, Trifluoracetat (TFA), gemessen wurde. Nach aktuellen Erkenntnissen der Trinkwasserüberwachung des Landes hat dies auch Auswirkungen auf Trinkwasserbrunnen, die vom Uferfiltrat des Neckars beeinflusst sind.

Umgehend in Mannheim durchgeführte Messungen haben ergeben, dass hier das Trinkwasser den vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg abgeleiteten Maßnahmenwert von zehn Mikrogramm pro Liter unterschreitet. Mannheim wird aus drei Wasserwerken (Rheinau, Käfertal und Schwetzingen Hardt) mit insgesamt 92 Brunnen mit Trinkwasser weitgehend ohne Einfluss von Neckaruferfiltrat versorgt. Die drei Brunnen mit dem höchsten, aber immer noch unter dem Maßnahmenwert liegenden Ergebnissen, wurden vorsorglich vom Mannheimer Wasserversorgungsunternehmen MVV Energie in enger Abstimmung mit dem Gesundheitsamt der Stadt Mannheim außer Betrieb genommen.

??? Wie ist die Gesundheitsgefahr von TFA einzuschätzen?

Trifluoracetat ist sehr gut wasserlöslich, mobil und stabil gegenüber Umwelteinflüssen. Daher ist laut dem Technologiezentrum Wasser (TZW), einem neutralen Institut des Deutschen

Vereins des Gas- und Wasserfachs (DVGW), keine Anreicherung von Trifluoracetat in Lebewesen zu erwarten. Das heißt, es wird schnell wieder ausgeschieden. Die Toxizität von Trifluoracetat wird laut TZW als sehr gering eingeschätzt; es gibt darüber hinaus auch keine Hinweise auf längerfristige Gesundheitsgefährdungen durch den Stoff.

??? Ist das Trinkwasser in Mannheim noch zur Nahrungsmittel-Zubereitung für Babys geeignet?

Es gibt derzeit keinerlei Hinweise, dass das Trinkwasser zur Nahrungsmittel-Zubereitung ungeeignet ist.

??? Kann man sich gegen den Stoff schützen? Nützt Abkochen oder der Einsatz von Wasserfiltern?

Beides hat keinen Effekt auf den Stoff. Es ist jedoch auch kein Schutz erforderlich, da die Konzentration im Trinkwasser in Mannheim unterhalb des vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg abgeleiteten Maßnahmenwerts liegt.

??? Gibt es einen Grenzwert für TFA? Es gibt keinen vorgegebenen Grenzwert. Die Untersuchung des Trinkwassers auf diesen Stoff ist nicht in der Trinkwasserverordnung vorgeschrieben. Das Ministerium für Ländlichen Raum Baden-Württemberg hat einen vorsorglichen Maßnahmenwert von 10

Mikrogramm, also 10 Millionstel Gramm pro Liter, abgeleitet. Dieser Maßnahmenwert liegt im gesamten Mannheimer Stadtgebiet nicht überschritten.

??? Was bedeutet „Maßnahmenwert“?

Ein Maßnahmenwert ist ein Wert, ab dem Maßnahmen zur Minderung der Konzentration eines Stoffes eingeleitet werden.

??? Wie ist aktuell die Belastung?

In allen drei Wasserwerken, die die Trinkwasserversorgung Mannheims speisen, liegen die TFA-Werte zwischen 0 und 4,5 Mikrogramm pro Liter und damit deutlich unter dem Maßnahmenwert von 10 Mikrogramm pro Liter.

??? Wie wird sichergestellt, dass der Maßnahmenwert auch weiterhin eingehalten wird?

Das Mannheimer Wasserversorgungsunternehmen MVV überwacht die Werte kontinuierlich im engen Austausch mit dem Gesundheitsamt der Stadt Mannheim.

??? An wen kann man sich bei Fragen wenden?

Bürgerinnen und Bürger, die Fragen zu diesem Thema haben, können sich unter der kostenlosen Rufnummer 0800-8003132 (Mo. bis Fr. 8 bis 20 Uhr, Sa. 8 bis 14 Uhr) an das Kundenzentrum der MVV Energie wenden. (red)

### STADT IM BLICK

## Bürgersprechstunde in Käfertal

Über die Sommermonate konnten Bürgerinnen und Bürger Mannheims im Rahmen der Bürgersprechstunde Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz vor Ort im Stadtteil treffen und mit ihm über ihre Anliegen sprechen. Aufgrund der großen Resonanz findet am Mittwoch, 26. Oktober, von 14 bis 17 Uhr vor dem Bürgerdienst Käfertal, Wormser Str. 1, erneut eine Stadtteilsprechstunde statt. Begonnen wird mit einer offenen Sprechstunde. Im Anschluss daran, von 15 Uhr bis 17 Uhr, folgt eine Sprechstunde nach vorheriger Terminvereinbarung. Anmeldungen nimmt das Bürgerbüro täglich von 9 bis 12 Uhr unter der Telefonnummer 293-2931 entgegen. Für den offenen Teil ist keine vorherige Anmeldung notwendig. (red)



OB Dr. Peter Kurz

## Tagung des Gestaltungsbeirats

Der Gestaltungsbeirat wird in seiner 29. Sitzung am Donnerstag, 13. Oktober ab 13 Uhr im Friedrich-Walter-Saal im Collini Center öffentlich Bauprojekte besprechen. Vorsitzender Prof. Jörg Aldinger (Stuttgart), Bernhard Wondra (Mannheim) sowie erstmals Prof. Peter Cheret (Stuttgart) und Prof. Carola Wiese, (Darmstadt) werden in der Sitzung die Neubauten eines Mehrfamilienhauses in S 3,7, eines Büro- und Lagergebäudes mit Wohneinheit (Letronic) im Stadtteil Vogelstang, einer Wohnanlage in der Theresen-Blase-Straße Im Rott Wiedervorlage GBR 25 sowie eines Bürogebäudes East-site (Impact) in Neuostheim besprechen. (red)

## Messungen der Geschwindigkeit

Die Stadt Mannheim führt vom 17. bis 21. Oktober in folgenden Straßen Radarkontrollen durch:

Asterstraße - B 38 - Badener Straße - Badenweilerstraße (Spielstraße) - Baumstraße - Birkenauer Straße - Boveristraße - Columbusstraße - Dürkheimer Straße - Elisabeth-Blaustein Straße - Freiburger Straße - Ida-Dehmel Ring - Karolingerweg - Kolmarer Straße - Lampertheimer Straße - Meersburger Straße - Mühlhauser Straße - Rastatter Straße - Rohrlachstraße - Rüdesheimer Straße - Sachsenstraße - Schwabenstraße - Sonnenschein - Thüringer Straße - Vögesenstraße - Waldshuter Straße. (red)

## Führung über Streuobstwiese

Das Naturschutzteam der Stadt Mannheim lädt für Sonntag, 16. Oktober, 16 Uhr, zur kostenlosen Führung über die Streuobstwiese auf der Reißinsel ein. Treffpunkt ist die Bushaltestelle Strandbadparkplatz. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. (red)



### IMPRESSUM AMTSBLATT

Herausgeber: Stadt Mannheim  
Chefredakteurin: Monika Enzenbach (V.i.S.d.P.)  
Die Fraktionen und Gruppierungen übernehmen die inhaltliche Verantwortung für ihre Beiträge.  
Verlag: SÜWE Vertriebs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH & Co. KG  
Redaktion: Christian Gaier  
E-Mail: [amtsblattmannheim@wochenblatt-mannheim.de](mailto:amtsblattmannheim@wochenblatt-mannheim.de)  
Herstellung: MMD - Mannheimer Morgen Großdruckerei  
Verteilung: PVG Ludwigshafen; zustellk@amtsblatt-mannheim.de oder Tel. 0621 127920. Das AMTSBLATT MANNHEIM erscheint wöchentlich mittwochs/donnerstags außer an Feiertagen. Das AMTSBLATT MANNHEIM wird kostenlos an alle erreichbaren Mannheimer Haushalte verteilt. Sofern eine Zustellung des Amtsblattes aufgrund von unvorhersehbaren Störungen nicht erfolgt sein sollte, kann das jeweils aktuelle Amtsblatt im Rathaus in E 5 und bei den einzelnen Bürgerservices der Stadt Mannheim abgeholt werden. Die Adressen der Bürgerservices können erfragt werden unter der Rufnummer 115.





Mit einer imposanten Wasserfontäne verabschiedet sich das alte Feuerlöschboot von Mannheim. FOTOS (2): STADT MANNHEIM

# Nach 4600 Einsätzen in „Ruhestand“ verabschiedet

## Letzte Fahrt des alten Feuerlöschbootes führt zum Technik Museum Speyer

**Abschied.** Es habe „hervorragende Eigenschaften und eine vielseitige Verwendbarkeit, die sogar Experten Erstaunen und Achtung abverlangten“. So wurde das alte Feuerwehrlöschboot im Mai 1966 im Mannheimer Amtsblatt vorgestellt. Gut 50 Jahre später wurde das rote Einsatzboot am Samstag zu seiner letzten Fahrt verabschiedet: ins Technik Museum Speyer.

„Wir haben in Mannheim nicht nur den zweitgrößten Binnenhafen Deutschlands, sondern mit den beiden Flüssen Rhein und Neckar auch einen regen Schiffsverkehr, der selbstverständlich auch Gefahren birgt“, erklärte Erster Bürgermeister und Feuerwehrdezernent Christian Specht. „Das alte Feuerlöschboot

war während seiner Dienstjahre ein wichtiger Bestandteil unseres Konzepts zur Gefahrenabwehr, das uns stets gute Dienste erwiesen hat. Seit inzwischen vier Jahren ist sein Nachfolger, die *Metropolregion Rhein-Neckar*, im Einsatz, die wesentlich moderner und leistungsfähiger ist, so dass das alte Boot nun endgültig in den 'Ruhestand' verabschiedet werden kann. Unser herzlicher Dank gilt dem Technik Museum Speyer für die Bereitschaft, unser Boot im Museum aufzunehmen. So bleibt das Boot für die Mannheimerinnen und Mannheimer erhalten und wirbt für die wertvolle Arbeit der Feuerwehren in der Metropolregion Rhein-Neckar.“

Zu rund 4600 Einsätzen ist das alte Feuerlöschboot während seiner

Dienstjahre ausgerückt. Es war auf dem Rhein zwischen Germersheim und Worms und auf dem Neckar von der Mündung bis nach Heidelberg sowie in Hafengebieten und Nebengewässern im Einsatz. Besonders in Erinnerung bleiben sicherlich Einsätze wie der Brand nach einer Explosion auf einem mit Benzol beladenen Tankmotorschiff im Rheinauer Hafen 1986, die Einsätze nach den schweren Tankschiffexplosionen 1970 und 1995 im Bereich der BASF oder der Großbrand 2009 im Reifenlager Mannheim Rheinau.

Aber auch bei kleineren Einsätzen war das Boot mehr als hilfreich: So sorgte es beispielsweise für Sicherheit auf dem Wasser, wenn gefährliche Güter umgepumpt werden muss-

ten oder es leuchtete die Uferstellen aus, wenn nach Vermissten gesucht wurde.

Die letzte Einsatzfahrt in Mannheim war am 24. März 2013, als das alte Feuerlöschboot bei einem Lagerhallenbrand in der Bonadiesstraße eingesetzt wurde. Anschließend war das Feuerlöschboot noch sechs Monate (September 2013 bis März 2014) an die Berufsfeuerwehr Koblenz ausgeliehen, weil deren Feuerlöschboot aufgrund einer Reparatur außer Dienst war.

Am Mittwoch wird das Feuerlöschboot von der Werft in Speyer ins Technik Museum transportiert, ab Donnerstag ist es dann für die Besucher auf dem Außengelände des Museums zu sehen. (red)

# Anspruch der Nachhaltigkeit gelebt

## Nachhaltig leben in Neckarau – Niederbrücklplatz eingeweiht

**Neckarau.** „Hier wird der Anspruch der Nachhaltigkeit gemeinsam gelebt“, lobte Bürgermeister Lothar Quast die Aktiven der Lokalen Agenda 21 im Stadtteil Neckarau, die mit zahlreichen Maßnahmen und ehrenamtlicher Arbeit den ehemaligen Festplatz am Niederbrückl verschönerten und renaturiert haben. Zum Dank dafür war Quast deshalb nach Neckarau gekom-

men, um einen Beschluss des Gemeinderates zu vollziehen: So heißt die Verkehrsfläche zwischen zwei Aufeldwegen nun offiziell „Niederbrücklplatz“.

Der Name erinnert an eine der drei Brücken, die an dieser Stelle bis in die 1920er Jahre über einen Neckararm hinweg Neckarau und das Niederfeld verbunden hatte. Lothar Quast sah die Namensgebung mit der Enthüllung des

neuen Verkehrsschildes als „Ansporn, den gemeinsamen Gedanken der Nachhaltigkeit weiter voranzubringen.“ Schließlich sei die Aktivität der Lokalen Agenda gleichermaßen von mustergültiger Bedeutung sowie ein wichtiger Beitrag für das Gemeinwohl und die Gesellschaft insgesamt. „Der Platz steht beispielhaft für die Vielfalt, die die Lokale Agenda leistet“, lobte

der Bürgermeister und nannte als Beispiel die Randbepflanzung mit Wiesengräsern, Sträuchern und einem gespendeten Baum auf dem neuen Niederbrücklplatz, die der Verkehrsfläche nicht nur ein Stück Natur zurückgab, sondern gleichzeitig die Fahrzeuge aus einem Platzbereich heraushielt, „an dem sie nun wirklich nichts zu suchen hatten“, so Quast. (red)

## STADTMARKETINGMANNHEIM<sup>2</sup>

# Das „Haus der Geschichte“ kommt gut voran

## Im „Marchivum“ beginnt jetzt der Innenausbau

Es dauert wohl noch das ganze nächste Jahr und ein paar Monate von 2018, bis Mannheims neues Stadtarchiv, das „Marchivum“ der Öffentlichkeit zugänglich sein wird. Der Bau des neuen Domizils könnte im Herbst nächsten Jahres bezugsfertig sein, allerdings wird der Umzug vom Collini-Center ins neue Stadtarchiv sehr viel Zeit und Arbeit kosten. Ulrich Nieß, Leiter des Mannheimer Stadtarchivs, spricht von einer Herkulesaufgabe, die es bis dahin noch zu schultern gibt.

1, 10 Meter dicke Wände wurden bereits bearbeitet, riesige Betonbrocken aus dem Weg geräumt. Jetzt beginnt der Innenausbau. Auch schon die beiden neuen Geschosse nehmen Form an, mit denen der Bunker in der Bürgermeister-Fuchs-Straße ein neues Aussehen bekommt. Dann wird aus dem massiven Betonklotz ein modernes „Marchivum – Mannheims Haus der Stadtgeschichte und Erinnerung“. Der neue Name soll Mannheims Bürgern bewusst machen, dass das neue Haus viel mehr sein wird als ein reines Stadtarchiv, beschreibt der Archivdirektor die künftige Bezeichnung. Vielmehr soll der ehemalige Bunker zu einem offenen Zentrum, einem Begegnungsort werden. Das Erdgeschoss des Marchivums bekommt einen großzügigen Eingangsbereich und empfängt die Besucher mit einer stadthistorischen Ausstellung. Vom zweiten bis vierten Obergeschoss kann das Stadtarchiv seine Schätze aufbewahren. Im ersten Obergeschoss entsteht ein Dokumentationszentrum über die Zeit des Nationalsozialismus. Auf den insgesamt sechsgeschossigen wuchtigen Betonbau werden zwei helle, lichtdurchflutete gläserne Stockwerke aufgesetzt – eines für die Büros der Mitarbeiter, das oberste Geschoss für Lesesäle

und einen Vortragsraum.

Die Idee, den grauen Koloss in der Nähe der Jungbuschbrücke zum neuen Haus der Stadtgeschichte umzuwandeln, hatte der Mannheimer Architekt Andreas Schmucker. Der Bund hat den Bunker als „Nationales Projekt des Städtebaus“ eingestuft und einen Zuschuss von 6,6 Millionen Euro bewilligt. Der reine Umbau ist mit 18,5 Millionen Euro veranschlagt, der Umbau wird über die städtische Tochter „GBG – Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft“ abgewickelt.

Trotz der laufenden Umbauarbeiten „funktioniert“ das Stadtarchiv mit seinen Mitarbeitern im gewohnten Umfang und Modus. Das Veranstaltungsprogramm orientiert sich selbstverständlich an dem Mammutvorhaben und der eigenen Geschichte. Eine Reihe von Veranstaltungen informiert über den Stand des Baugeschehens. Auftakt ist am 16. Oktober eine Filmmatinee im Cineplex (19 Uhr): „Erinnerungen an den Hochbunker in der Neckarstadt“, so der Titel. Am gleichen Tag findet in der KZ-Gedenkstätte eine Führung in Verbindung mit den Freunden des Stadtarchivs Mannheim – ISG e.V. statt.

Auch die Neuzeit wird berücksichtigt: Am 16. November (19 Uhr) spricht Dr. Daniel Nagel von der Universität Mannheim im Collini-Center über „Sklaverei und Ausländerfeindlichkeit – die Achtundvierziger in den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkämpfen 1856 – 1860“. Damit soll eine Brücke zu den aktuellen Präsidentschaftswahlen in den USA geschlagen werden. (ps)

### Weitere Informationen:

Das gesamte Programm des Stadtarchivs: [www.stadtarchiv.mannheim.de](http://www.stadtarchiv.mannheim.de)



Umbau des Bunkers in der Neckarstadt-West zum MARCHIVUM. FOTO: STADT MANNHEIM



# WOCHENBLATT



mit AMTSBLATT **STADT MANNHEIM**<sup>2</sup>

47. Jahrgang  
41. Woche  
13. Oktober 2016  
Auflage 191.000 - Ausgabe H

## Diese Woche

**Mannheim:** Letzte Fahrt des alten Feuerlöschbootes nach 4600 Einsätzen.

Seite 2

**Amtsblatt:** Mannheim schmiedet Bündnis für Vielfalt – 140 Institutionen beteiligt.

Seite 3

**Sport:** Mannheimer Hockey-Derby am Neckarplatt gewohnt umkämpft.

Seite 8

**Konzert:** Weltstar Elton John kommt in die Quadratestadt – Vorverkauf läuft.

Seite 9

## Stadtleben

### Fontänen machen Pause

**Wasserturm.** Am vergangenen Sonntag sprudelten die Wasserspiele am Mannheimer Wasserturm ein letztes Mal in diesem Jahr. Erst an Ostern 2017 „erwachen“ sie wieder aus dem Winterschlaf. Das Mannheimer Energieunternehmen MVV Energie, das im Auftrag der Stadt die Fontänenanlage und die Brunnen der Jugendstilanlage fachgerecht wartet und instandhält, bereitet die Brunnen-Technik auf die Winterpause vor. Lesen Sie mehr dazu auf Seite 7. (red)

## Sport

### Durchwachsene Heimbilanz



**Eishockey.** Nach vier DEL-Spielen vor eigenem Publikum schauen die Adler bislang auf eine eher durchwachsene Heimbilanz. Zwei Siege (gegen Düsseldorf und Augsburg) stehen gegen zwei Ligafavoriten zwei Niederlagen gegenüber. Wiedergutmachung können die Mannen um Trainer Sean Simpson schon am kommenden Freitag (19.30 Uhr) betreiben. Da ist der Liga-Neuling Fischtown Pinguins aus Bremerhaven in der SAP Arena zu Gast. Das Verletzungspech bleibt den Adlern schon in der noch so jungen Saison treu. Nach einem Mittelhandbruch dürfte Stürmer Matthias Plachta für rund zwei Monate ausfallen. Lesen Sie mehr dazu auf Seite 8. (pete/red)

## Enorme Herausforderungen gemeistert

### Erste Bilanz des Hauses des Jugendrechts fällt positiv aus

**Jugendarbeit.** Im Januar 2015 hat das Haus des Jugendrechts in Mannheim seine Arbeit aufgenommen. Unter einem Dach vereint arbeiten Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe im Strafverfahren mit der Zielsetzung, Jugendkriminalität wirksam zu bekämpfen, eng abgestimmt zusammen. Und das mit Erfolg, wie Polizeipräsident Thomas Köber, Leitender Oberstaatsanwalt Alexander Schwarz und Bürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb nun im Rahmen einer Bilanzpressekonferenz bestätigen konnten.

„Es ist bemerkenswert, dass das Haus des Jugendrechts, was den polizeilichen Part anbelangt, diese hohe Belastung von Anfang an überstanden hat“, blickt Polizeipräsident Thomas Köber auf die enormen Herausforderungen der jüngsten Vergangenheit. „Ursächlich dafür war die Flüchtlingslage, die auch vor dieser Einrichtung nicht halt gemacht und teilweise den Fokus verändert hat. Das konnte nur gestemmt werden, weil sich alle Beteiligten mit außergewöhnlichem Engagement der Aufgabe verschrieben haben“, lobt der Polizeipräsident die Zusammenarbeit der Kooperationspartner.

Auf Basis der vereinbarten Ziele wie Weiterentwicklung der Jugendstrafrechtspflege durch Verkürzung der Verfahrensdauer, schnellere und abgestimmte Reaktion auf delinquentes Verhalten, Reduzierung der Jugenddelinquenz oder etwa Verbesserung der interdisziplinären Kommunikation arbeiten die Institutionen Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe im Rahmen ihrer jeweiligen Aufgabenbereiche.

Durch die enge Abstimmung der beteiligten Behörden und die dadurch optimierten Verfahrensabläufe ist es gelungen, die Reaktionszeiten auf Straftaten zu verkürzen und damit einhergehend frühzeitige erzieherische Impulse zu setzen. Zudem konnte die Zahl der Diversionen, also die Vermeidung von Anklagen vor Gericht durch erzieherische Maßnahmen, weiter ausgeweitet werden.

„Die erreichte Ausweitung der Diversionen und die Verkürzung der Verfahrensdauer sind bei der Umsetzung des Erziehungsgedankens, der das Jugendstrafrecht beherrscht, wesentlich. Dies ist uns schon im ersten Jahr gelungen“, stellt Leitender Oberstaatsanwalt Schwarz fest.

Erweitert und intensiviert hat sich die Arbeit der Jugendhilfe im Strafverfahren, deren Aufgabe in der Beratung, Begleitung und Betreuung von straffällig gewordenen Kindern, Ju-



Leitender Oberstaatsanwalt Alexander Schwarz, Bürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb, Polizeipräsident Thomas Köber (von links).

FOTO: STADT MANNHEIM

gendlichen und Heranwachsenden besteht. Auch Eltern finden hier geeignete Ansprechpartner rund um das Thema Straffälligkeit ihrer Kinder. Gemeinsam mit externen Partnern werden möglichst passgenaue Angebote entwickelt, um die Auseinandersetzung mit begangenen Straftaten zu befördern, Formen der Wiedergutmachung umzusetzen und weitere Straffälligkeit zu verhindern.

„Wir können alle sehr stolz darauf sein, wenn wir schon nach einem Jahr feststellen: unser Ansatz funktioniert“, ist auch Bürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb von der Arbeit des Hauses des Jugendrechts überzeugt. „Steht für die Jugendhilfe im Strafverfahren bei den 218 Fällen 2015 von Straftaten durch Kinder, die noch keine 14 Jahre alt und damit nicht strafmündig waren, das Gespräch zwischen Kindern und Eltern im Fokus,

sind es bei straffälligen Jugendlichen und Heranwachsenden bis 20 Jahre Maßnahmen zur Wiedereingliederung und Resozialisierung“, geht Freundlieb auf einen Aspekt der gemeinsamen Arbeit ein. „Besonders wichtig ist es dabei, den Jugendlichen eine Perspektive zu bieten“, so die Bürgermeisterin weiter, „umso mehr freue ich mich, dass wir mit der Bundesagentur für Arbeit einen weiteren wichtigen Partner im Boot haben.“

Beim Blick auf die Erscheinungsformen von Jugenddelinquenz in Mannheim im Jahr 2015 fällt auf, dass die Zahl der 14- bis 21-jährigen Straftäter, insgesamt waren es vergangenes Jahr 775, weiter abnimmt, obwohl mehr Jugendliche und Heranwachsende in Mannheim leben. Von den insgesamt 2311 registrierten Delikten wurden im Rahmen der Diversion 658 Bagatelldelikte wie Verstoß ge-

gen das Betäubungsmittelgesetz, Leistungerschleichung, also das Schwarzfahren, und Ladendiebstahl bearbeitet.

Bei den 445 Gerichtsverfahren in 2015 wurden 1653 Delikte verhandelt. Auch hier waren Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz und Leistungerschleichung angeklagt, aber auch Betrug (18,1 Prozent) und Diebstahl (11,4 Prozent) boten Anlass für Verhandlungen.

Nach über einem Jahr der Zusammenarbeit in dieser neuen Kooperationsform kann ein positives Fazit gezogen werden. Durch neue Kommunikations- und Kooperationsstrukturen verbesserte sich das erfolgreiche Zusammenwirken im Alltag deutlich, was nicht nur ein Gewinn für die betroffenen Jugendlichen, sondern die gesamte Mannheimer Stadtgesellschaft bedeutet. (red)

## Stadtnachrichten

### Patiententag im Kongresshotel

**Rosengarten.** Der Deutsche Schmerzkongress findet von Mittwoch, 19. Oktober, bis Samstag, 22. Oktober, im Congress Center Rosengarten statt. Mit rund 60 wissenschaftlichen Symposien, darunter Pflegesymposien, Kurse und Seminare, deckt der Schmerzkongress das gesamte Themenspektrum der Schmerzdiagnostik und -therapie ab. Mehr als 2500 Teilnehmende – Mediziner verschiedener Fachgebiete, Psychologen, Pfleger, Physiotherapeuten und andere – werden erwartet. Innerhalb des Patiententags findet am Samstag, 22. Oktober, 11 bis 14 Uhr, im Dorint Kongresshotel ein Öffentlicher Patiententag statt. Hier präsentieren sich zum einen Patientenorganisationen, die Betroffenen zahlreiche Hilfestellungen für den Alltag anbieten. Zum anderen können sich Interessierte in Vorträgen von Ärzten und Wissenschaftlern über die neuesten Entwicklungen in der Schmerztherapie informieren. (red)

### Ausbildung zum Jugendleiter

**Stadtjugendring.** Der Stadtjugendring Mannheim und das Mannheimer Institut für Integration und interreligiösen Dialog bieten einen Jugendleiterkurs zum Erwerb der „Jugendleiter-Card“ an. Eingeladen sind Jugendliche und junge Erwachsene, die in Jugendverbänden, Vereinen, Kirchen und Moscheen ehrenamtliche Kinder- und Jugendarbeit durchführen (wollen). Das Seminar beginnt am Donnerstag, 27. Oktober, mit einem Kennenlernen und schließt am Freitag, 18. November, nach circa 50 Ausbildungsstunden mit dem Antrag der „Jugendleiter-Card“ ab. Anmeldung und Weitere Information bei Ariane Grasko, der Jugendbildungsreferentin des Stadtjugendring Mannheim, per E-Mail an ariane.grasko@sjr-mannheim.de oder unter Telefon 0621 3385622. Weitere Informationen finden sich ebenfalls im Internet auf der Homepage www.sjr-mannheim.de. (red)

## Zitat

„Was der Frühling nicht säte, kann der Sommer nicht reifen, der Herbst nicht ernten, der Winter nicht genießen.“

Johann Gottfried von Herder (1744–1803), deutscher Kulturphilosoph



ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN



**Ausschreibungen der Stadt Mannheim**  
Öffentliche Ausschreibungen der Stadt Mannheim finden Sie ab sofort unter [www.auftragsboerse.de](http://www.auftragsboerse.de).

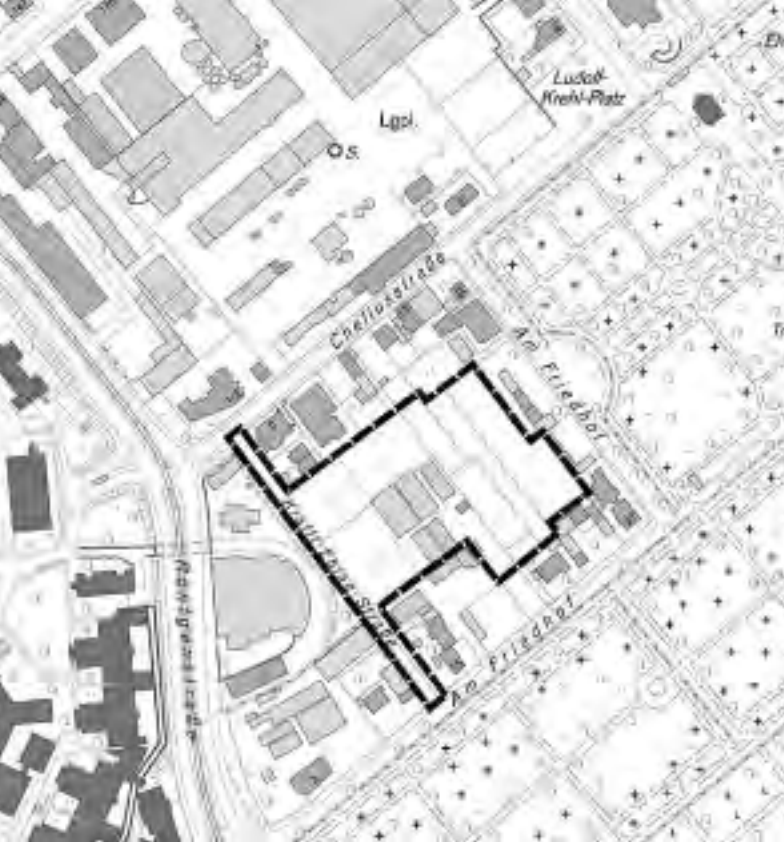
Dort können Sie alle Ausschreibungsunterlagen kostenlos abrufen!  
Es ist Ziel der Stadt Mannheim die Umsetzung der elektronischen Vergabe weiter zu stärken. Um die Vergabevorgänge zwischen Auftraggeber und Bieter möglichst einfach und effizient zu gestalten, hat sich die Stadt Mannheim der neuen und optimierten E-Vergabepattform der Metropolregion Rhein-Neckar angeschlossen.



Profitieren Sie von dem zentralen Zugang und der Möglichkeit der elektronischen Angebotserstellung und registrieren Sie sich!

Öffentliche Bekanntmachung

Bebauungsplan Nr. 32.3.1 " Mannheim Medical Technology Campus" in Mannheim-Neckarstadt-Ost und in dessen Geltungsbereich die zugehörige Satzung über örtliche Bauvorschriften gemäß § 74 Landesbauordnung (LBO) werden gebilligt und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ausgelegt. Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat am 29.09.2016 den Bebauungsplanentwurf Nr. 32.3.1 „Mannheim Medical Technology Campus“ mit einer zugehörigen Satzung über örtliche Bauvorschriften in dessen Geltungsbereich gebilligt und die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Der Bebauungsplan Nr.32.3.1 ändert nach einem Inkrafttreten in seinem Geltungsbereich den bestehenden Bebauungsplan Nr.32.3." Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Cheliusstraße, Straße Am Friedhof und Röntgenstraße in Mannheim-Wohlgelegen". Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist in der nachfolgenden Skizze dargestellt:  
Ziel und Zweck der Planung ist die Schaffung von verbindlichem Planungsrecht für die städtebauliche Neuordnung des Plangebietes.



che Neuordnung des Plangebietes.

Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB:  
Die Planunterlagen sowie die für die Festsetzungen relevanten technischen Regelwerke können vom 17.10.2016 bis einschließlich 18.11.2016 beim Beratungszentrum Bauen und Umwelt, Verwaltungsgebäude Collini-Center im Erdgeschoss, Collinistraße 1, montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr und freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr eingesehen werden. Stellungnahmen zur Planung können während des Auslegungs-zeitraums schriftlich oder mündlich zur Niederschrift bei der Stadt Mannheim abgegeben werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) ist unzulässig, wenn mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Mannheim, 13.10.2016  
Stadt Mannheim  
Fachbereich Bauverwaltung

Öffentliche Bekanntmachung
Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bildung und Gesundheit, des Schulbeirates und des Jugendhilfeausschusses am Donnerstag, den 20.10.2016 um 16:00 Uhr im Ratssaal Stadthaus N 1, 68161 Mannheim

- Tagesordnung:**  
Themenbereich: Jugendhilfe (Tagesordnungspunkt 1.00 - 4.00)
- Haus des Jugendrechts - Jugendliche im Strafverfahren - Jahresbericht 2015
  - Vorstellung der AG „Erziehungshilfe“
  - Vorstellung der AG „Parteiliche Mädchenarbeit“
  - Ausweitung der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen im schulischen Bereich  
Vorliegende Anträge und Anfragen (Tagesordnungspunkte 5.00 - 6.00)
  - Inobhutnahmen durch das Jugendamt
  - Förderung der Wahlbeteiligung von Jugendlichen in Mannheim  
Antragsteller/in: SPD
  - Abfrage des Quorums für Anträge nach § 14 Abs. 4 Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Mannheim ohne Aussprache
  - Anfragen
  - Anregungen und Mitteilungen an die Verwaltung

Öffentliche Bekanntmachung
Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses am Dienstag, den 18.10.2016 um 16:00 Uhr im Raum Swansea, Stadthaus N 1, 68161 Mannheim

- Tagesordnung:**
- Vorstellung der „Künstlernachlässe“ im Kulturausschuss, Antrag der SPD
  - Kulturvision 2025
  - EinTanzHaus in der Trinitatiskirche; und Vorstellung „EinTanzHaus e.V.“ im Kulturausschuss, Antrag der GRÜNEN
  - Zwischenbericht Port25 - Raum für Gegenwartskunst
  - Eigenbetrieb Kunsthalle Mannheim: Ausschreibung „Umsetzung Digitale Strategie“- Maßnahmengenehmigung-
  - Abfrage des Quorums für Anträge nach § 14 Abs. 4 Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Mannheim ohne Aussprache
  - Anfragen
  - Anregungen und Mitteilungen an die Verwaltung

**Öffentliche Ausschreibung nach VOB, Teil A  
Johanna-Geissmar-Gymnasium Mannheim – Umbau und Sanierung  
Gebäude 1**

Die Stadt Mannheim vertreten durch die BBS Bau- und Betriebsservice GmbH schreibt im Rahmen der Sanierung des Johanna-Geissmar-Gymnasiums / Umbau Gebäude 1, in 68307 Mannheim, Löt-zener Weg

2-4, die Ausführung von Bauleistungen aus. Hierbei handelt es sich um:

- Titel 18.1 – Tischlerarbeiten/Innentüren**  
**Titel 18.2 – Tischlerarbeiten/„Leibungen**  
**Titel 20 – Malerarbeiten**  
**Titel 21 – Bodenbelagsarbeiten**

Den vollständigen Veröffentlichungstext entnehmen Sie bitte unserer Homepage [www.gbg-mannheim.de](http://www.gbg-mannheim.de). Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an BBS Bau- und Betriebsservice GmbH, Telefon 0621/3096-789, Mannheim, 13.10.2016

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG	
Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum	67433 Neustadt a.d.W., den 05.10.2016
DLR Rheinpfalz	Konrad-Adenauer-Str. 35
Flurbereinigungs- und Siedlungsbehörde	Telefon: 06321/671-0
Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren	Telefax: 06321/671-1250
RPK/Stadt LU	
Zuwegung Gemüsegroßmärkte	
Az.: 41143-HA8.1.	Internet: <a href="http://www.dlr.rlp.de">www.dlr.rlp.de</a>

**Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren RPK/Stadt LU Zuwegung  
Gemüsegroßmärkte  
Vorläufige Anordnung gemäß § 36**  
Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.03.1976 (BGBl. I Seite 546), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19.12.2008 (BGBl. I Seite 2794)

- I. Anordnung**
- Den Eigentümern und Nutzungsberechtigten der Grundstücke, die von dem vor-zeitigen Ausbau der nachfolgend genannten gemeinschaftlichen Anlagen betroffen sind, wird zum Zweck des Ausbaues dieser Anlagen ab dem 15. Oktober 2016 Besitz und Nutzung an den betroffenen Flächen entzogen.
  - Es handelt sich um die in dem gemäß § 41 Abs. 3(4) FlurbG am 27.07.2015 festgestellten Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan enthaltenen Wege, Gewässer, Bodenlagerflächen und landespflegerische Anlagen:  
Der genaue Verlauf der Wege und Gewässer, die landespflegerischen Anlagen und Bodenlagerflächen, für deren Ausbau die infrage kommenden Grundstücke ganz oder teilweise in Anspruch genommen werden, sind in der Karte, die ein wesentlicher Bestandteil dieser Anordnung ist, dargestellt.
  - Die Teilnehmergemeinschaft RPK/Stadt LU Zuwegung Gemüsegroßmärkte wird zum gleichen Zeitpunkt in den Besitz dieser Flächen eingewiesen.
  - Folgende Flurstücke sind von dieser vorläufigen Anordnung betroffen:

**Gemarkung Fußgönheim**  
Flurstücke Nummern:  
960, 965/1, 965/2, 967, 968, 970/2, 970/3, 970/4, 978, 981/1, 983 und 984

**Gemarkung Ruchheim**  
Flurstücke Nummern:  
870/1, 870/3, 917/1, 917/2, 960/2, 960/4, 960/5, 1035/5, 1192, 1193, 1226, 1230, 1232, 1257, 1272, 1273, 1274, 1290/1, 1293, 1295, 1296, 1297, 1300, 1303, 1304, 1305, 1306, 1307, 1308, 1309, 1310, 1311, 1312, 1313, 1314, 1315, 1316, 1317, 1318/1, 1318/2, 1319, 1320, 1321, 1322, 1323, 1324, 1325, 1326, 1327, 1328, 1329, 1330, 1331, 1332, 1333, 1334, 1335, 1364, 1364/2, 1365, 1380, 1382, 1681/7, 1681/8, 1775, 1776/10 und 1776/11

**II. Entschädigung**  
Eine Entschädigung zum Ausgleich für vorübergehende Nachteile kann nur in Härtefällen auf Antrag gewährt werden.

**III. Anordnung der sofortigen Vollziehung**  
Die sofortige Vollziehung dieses Verwaltungsaktes nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der Fassung vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 08.07.2014 (BGBl. I Nr. 29 S. 890), wird angeordnet mit der Folge, dass Rechtsbehelfe gegen ihn keine aufschiebende Wirkung haben.

- IV. Hinweise**
- Die Grenzen der beanspruchten Flächen, d.h. die seitlichen Begrenzungen der Wege und Gewässer, sowie der Flächen für Bodenzwischenlager, Bodenanschlüttungen und Baustelleneinrichtungen werden mit Signalstäben kenntlich gemacht.
  - Die von der vorläufigen Anordnung betroffenen Bewirtschafter werden darauf hingewiesen, dass sie für beantragte Prämien im Rahmen der Agrarförderung in dem jeweiligen Wirtschaftsjahr ihre Flächen nachweise um die jeweiligen Flurstücke entsprechend korrigieren und unverzüglich der zuständigen Bewilligungsbehörde mitteilen (siehe § 3 Abs. 1 Gesetz gegen mißbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz - SubvG) vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2034, 2037)).
  - Die Karte sowie ein Abdruck dieser Anordnung liegen ab sofort bei der
    - Stadtverwaltung Ludwigshafen, Rathausplatz 20, 67059 Ludwigshafen, Zimmer Nr. 713
    - Verbandsgemeindeverwaltung Maxdorf, Hauptstraße 79, 67133 Maxdorf, Zimmer Nr. 101
    - beim Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum DLR Rheinpfalz, Abteilung Landentwicklung, ländliche Bodenordnung, Konrad-Adenauer-Straße 35, 67433 Neustadt, Zimmer Nr. 8 während der allgemeinen Dienstzeit aus.

Die öffentliche Bekanntmachung sowie die Karte sind auch im Internet unter der Adresse [www.landentwicklung.rlp.de](http://www.landentwicklung.rlp.de)-> Bodenordnungsverfahren -> DLR Rheinpfalz-> 41143 RPK/Stadt LU Zuwegung Gemüsegroßmärkte -> 4. Bekanntmachungen und 5. Karten einzusehen.

- Begründung**
- 1. Sachverhalt:**
- Das Flurbereinigungsverfahren wurde durch Beschluss des Dienstleistungszentrums Ländlicher Raum DLR Rheinpfalz vom 09.11.2009 angeordnet. Die Anordnung ist für sofort vollziehbar erklärt worden.  
Der im Benehmen mit dem Vorstand der Teilnehmergemeinschaft aufgestellte und mit den Trägern öffentlicher Belange sowie der landwirtschaftlichen Berufsvertretung erörterte Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan wurde am 27.07.2015 durch die Obere Flurberei-

nigungsbehörde festgestellt und für sofort vollziehbar erklärt.  
Der Vorstand wurde am 29.10.2015 gehört.

**2. Gründe**  
**2.1 Formelle Gründe**  
Der Verwaltungsakt wird vom Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum DLR Rheinpfalz als zuständige Behörde erlassen.  
Rechtsgrundlage für den Erlass der Vorläufigen Anordnung ist § 36 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.03.1976 (BGBl. I Seite 546), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19.12.2008 (BGBl. I Seite 2794).  
Die Anhörung des Vorstandes ist erfolgt.  
Die formellen Gründe für den Erlass dieser Anordnung liegen vor.

**2.2 Materielle Gründe**  
Zur Erreichung der Ziele der Vereinfachten Flurbereinigung und zur Sicherstellung der Aufstellung des Flurbereinigungsplanes ist es notwendig, die gemeinschaftlichen Anlagen (Wege, Gewässer und landespflegerische Anlagen) teilweise vorweg auszubauen bzw. herzustellen.

Mit dem Vorwegausbau der Wege, Maßnahmen Nummern 152, 154, 155, 159, 161, 202 und 203, soll insbesondere bewirkt werden, dass unmittelbar nach der Besitzeinweisung die neuen Grundstücke ohne Inanspruchnahme der Grundstücke anderer Beteiligter erreicht werden und die Wirkungen der Anlagen sich frühzeitig entfalten können.

Die Vermarkung und Vermessung der endgültigen Grenzen der gemeinschaftlichen und der öffentlichen Anlagen ist bei den vorliegenden topografischen Verhältnissen wirtschaftlich nur möglich, wenn die Anlagen vorweg ausgebaut sind. Diese bilden den Rahmen der für die Landabfindung der Teilnehmer verbleibenden Blockflächen. Die planerischen Vorgaben für einen zeitgerechten Verfahrensfortgang unterstreichen die Dringlichkeit der Ausbaumaßnahmen.

Die sachgerechte Verwendung der für das Haushaltsjahr bereitgestellten öffentlichen Mittel setzt einen planmäßigen und fristgerechten Ausbau der Maßnahmen voraus.

Die materiellen Gründe für den Erlass dieser Anordnung liegen vor.

Die sofortige Vollziehung dieser Anordnung liegt im überwiegenden Interesse der Beteiligten des Verfahrens, da der vorzeitige Ausbau der gemeinschaftlichen Anlagen der besseren und schnelleren Erreichung der neuen Grundstücke dient und somit eine erhebliche Erleichterung in der Bewirtschaftung zur Folge hat.

Die sofortige Vollziehung liegt aber auch im öffentlichen Interesse, da der Allgemeinheit im Hinblick auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und wegen der in die Bodenordnung investierten erheblichen öffentlichen Mittel daran gelegen ist, die Ziele des Verfahrens möglichst bald herbeizuführen.  
Die Voraussetzungen des § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 der VwGO sind damit gegeben.

**Rechtsbehelfsbelehrung**  
Gegen diese Anordnung kann innerhalb eines Monats ab dem ersten Tag der Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden.

Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei dem

Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) Rheinpfalz, Abteilung Landentwicklung, Ländliche Bodenordnung, Konrad-Adenauer-Straße 35, 67433 Neustadt
oder wahlweise bei der
Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion - Obere Flurbereinigungsbehörde - Willy-Brandt-Platz 3, 54290 Trier
einzulegen.

Bei schriftlicher Einlegung des Widerspruches ist die Widerspruchsfrist nur gewahrt, wenn der Widerspruch noch vor dem Ablauf der Frist bei einer der o.g. Behörden eingegangen ist.

Hinweis: Der Widerspruch kann nicht per E-Mail eingelegt werden.

Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen.

Bei der Erhebung des Widerspruchs durch elektronische Form bei dem DLR sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die im Internet auf der Seite [www.dlr.rlp.de](http://www.dlr.rlp.de) unter Elektronische Kommunikation ausgeführt sind.

Bei der Erhebung des Widerspruchs durch elektronische Form bei der ADD sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die im Internet auf der Seite [www.add.rlp.de](http://www.add.rlp.de) unter Elektronische-Kommunikation ausgeführt sind.

Im Auftrag  
gez. Barbara Meierhöfer

Weitere Informationen zum Flurbereinigungsverfahren sind im Internet unter [www.landentwicklung.rlp.de](http://www.landentwicklung.rlp.de) „Bodenordnungsverfahren“ zu finden.

Ansprechpartner für das Verfahren sind:		
Gruppenleiterin	Claudia Merkel	Tel. 06321/ 671-1101
Sachgebietsleiter Planung und Vermessung	Tobias Mensinger	Tel. 06321/ 671-1166
Sachgebietsleiterin Verwaltung	Bianka Litzel	Tel. 06321/ 671-1107

**Änderung der Abfallentsorgung: Personalversammlung 2016**

Aus betrieblichen Gründen verschiebt sich die Abfallentsorgung in der kommenden Woche wie folgt:

	Restmüll / Papier (Stadtteile mit wöchentlicher Leerung)
ursprünglicher Termin	neuer Termin
Dienstag, 18.10.2016	teilweise Montag, 17.10.2016, sowie Dienstag, 18.10.2016
Mittwoch, 19.10.2016	Dienstag, 18.10.2016
Donnerstag, 20.10.2016	Mittwoch, 19.10.2016
Freitag, 21.10.2016	Donnerstag, 20.10.2016

**Stadtteile mit 14-täglicher Restmüllabfuhr**  
**Bitte beachten:** In Gebieten mit 14-täglicher Restmüllabfuhr wurde die Verschiebung bereits bei der Planung berücksichtigt. Dies gilt auch für die Leerung der Biotonne und die Abholung des gelben Sacks. Ein Blick in den Abfallkalender ist in der kommenden Woche ratsam, um Abweichungen vom regulären Termin entnehmen zu können.

Die Behälterstandplätze müssen - wie immer - ungehindert zugänglich sein. Sollten die oben genannten Termine aus unvorhergesehenen Gründen nicht eingehalten werden können, erfolgt die Abfuhr in den darauf folgenden Tagen. Alle nicht genannten Abfuhrtage bleiben unverändert.

**Recyclinghof Im Morchhof 37**  
Am Freitag, dem 21. Oktober sind die Abgabemöglichkeiten am Recyclinghof Im Morchhof 37 eingeschränkt. Die Abfallwirtschaft Mannheim rät Kunden auf den ABG-Recyclinghof, Max-Born-Straße 28 (Friesenheimer Insel) auszuweichen. Dieser Recyclinghof ist freitags von 8 bis 16 Uhr geöffnet. Am Samstag, dem 22. Oktober ist der Recyclinghof Im Morchhof wie gewohnt von 8 bis 16.00 Uhr geöffnet.

Wir bitten um Verständnis für die Änderungen.

**Abfallwirtschaft Mannheim**  
**- Eigenbetrieb für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung -**



# Stadtbild verschönert und Beitrag zur Artenvielfalt geleistet

Preise des Blumenschmuckwettbewerbs bei Veranstaltung in Baumhainhalle des Luisenparks verliehen

„Mit ihrem Engagement verschönern sie nicht nur das Stadtbild, sondern leisten auch einen Beitrag zur Artenvielfalt in Mannheim.“ Umweltbürgermeisterin Felicitas Kubala begrüßte mit diesen Worten die rund 70 Bürgerinnen und Bürger, die zur Preisverleihung des traditionellen Blumenschmuckwettbewerbs in die Baumhain-Halle des Luisenparks gekommen sind.

Als Gastredner trat in diesem Jahr der Landschaftsarchitekt Stephan Lenzen auf. Er war mit seinem

Team Sieger im Wettbewerb Grünzug Nordost/BUGA2023 und stellte die aktuellen Pläne vor, die gemeinsam mit dem Gemeinderat erarbeitet wurden. „Der Grünzug wird das Leben für viele Menschen in Mannheim attraktiver und schöner machen, indem er Raum für Erholung, Sport und Freizeit bietet“, erklärte Lenzen seine Vision. Mit der BUGA könne die Stadt Mannheim zusätzliche Fördergelder erhalten, mit denen Maßnahmen für den dauerhaften Grünzug umge-



Die Gewinner der Preisverleihung zum Blumenschmuckwettbewerb 2016. FOTO: ANNA LOGUE

setzt werden. Die Gewinnerinnen und Gewinner des Blumenschmuckwettbewerbs bekamen im Sinne der Nachhaltigkeit einen Korb mit Pflanzen und konnten einen tollen Abend mit Musik auf der Bühne genießen.

Es wurden über 50 zusätzliche Preise verlost. Zu gewinnen gab es beispielsweise Restaurantgutscheine und Jahreskarten für die Stadtparks. Der Gewinner des Hauptpreises freut sich jetzt auf einen Rundflug mit dem Heißluftballon.

**Wettbewerb verpasst?**  
Wer den Wettbewerb dieses Jahr verpasst hat, kann sich ab April 2017 zur nächsten Runde anmelden. Egal, wo es blüht: auf dem Balkon, im Vorgarten, auf einer Baumscheibe vor dem Haus oder auf einem begrünten Garagendach – Hauptsache, die Bepflanzung ist von der Straße aus zu sehen. Anmeldungen können per Mail an die [gruenundumwelt@mannheim.de](mailto:gruenundumwelt@mannheim.de) geschickt oder unter Nummer 115 durchgegeben werden. (red)

## Kein Platz für Hetze und Rassismus

Workshop des Migrationsbeirats im Stadthaus

Inwiefern haben rechtsextreme Straftaten in Deutschland in den vergangenen Monaten zugenommen? Und wie kann man selber als Betroffener oder Zeuge auf persönliche Anfeindungen auf Grund von ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Weltanschauung reagieren? Antworten auf diese Fragen erhielten die rund 70 Gäste, die der Einladung des Mannheimer Migrationsbeirats ins Stadthaus gefolgt waren.

„In Mannheim ist kein Platz für Hass, Hetze und Rassismus“, sagte Miguel Angel Herce, Vorsitzender des Migrationsbeirats, und betonte, wie wichtig es sei, dass sich in Mannheim ein breites Bündnis an Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen für ein respektvolles Zusammenleben in Vielfalt engagiere. Im

Impulsvortrag informierte Carmen Karr, freie Mitarbeiterin der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, über den alarmierenden Anstieg rechtsextremer Straftaten in Deutschland. Ganz praktisch ging es später in einem Workshop weiter, in dem sich die Teilnehmer unter der fachlichen Anleitung von Ulrike Häußler und ihres Kollegen Georg Endler anhand unterschiedlicher Übungen dem Konzept der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall B. Rosenberg näherten.

Wie wichtig Sensibilität in der Kommunikation ist, war dabei eine Erkenntnis von vielen, die die Gäste mit nach Hause nahmen – und ein Teilnehmer fühlte sich gar „richtig gut vorbereitet“ auf ein Streitgespräch am nächsten Tag. (red)

## Betreuungslücken schließen

Bildungsthemen dominieren Gemeinderat

Außer Personalentscheidungen dominierten Themen aus dem Bereich Bildung die Tagesordnung im öffentlichen Teil der ersten Sitzung des Gemeinderats nach der Sommerpause am 4. Oktober. So kann nach dem einstimmigen Votum des Gemeinderats an der Sandhofenrealschule ab dem Schuljahr 2017/2018 der offene Ganztagsbetrieb aufgenommen werden.

Nach einem Beschluss des Gemeinderats von 2012 wird die Sandhofenrealschule für 14,54 Millionen Euro saniert und zur offenen Ganztagschule ausgebaut. Zum Schuljahr 2017/2018 werden die notwendigen baulichen Voraussetzungen für die Aufnahme des offenen Ganztagsbetriebs geschaffen sein. Der sukzessive Einstieg in den offenen Ganztagsbetrieb wird mit der Aufnahme einer 5. und einer 6. Klasse erfolgen. Unter Berücksichtigung der aktuellen Lehrerrückstellungen und nach Vorlage des pädagogischen Konzepts der Schule werden die kommunalen Stunden für den Ganztagesbetrieb festgeschrieben. Der Schule sind hier zusätzliche Unterstützungsstunden zur Betreuung und Aufsicht des Mittagessens und der Mittagsfreizeit zur Verfügung zu stellen. In den darauffolgenden Schuljahren wird jeweils eine fünfte Klasse in den Ganztagsbetrieb einsteigen. Der Vollausbau der Ganztagsrealschule soll zum Schuljahr 2021/2022 abgeschlossen sein.

Dem Vorschlag der Verwaltung für die kommunale Unterstützung der Betreuungs- und Aufsichtsleistung während der Mittagszeit an Gemeinschaftsschulen hat der Gemeinderat ebenfalls zugestimmt. Die Johannes-Kepler-Gemeinschaftsschule und Kerscheneister-Gemeinschaftsschule sollen mit kommunalen Ressourcen unterstützt werden.

Das Landesgesetz zur Einführung von Gemeinschaftsschulen sieht keinerlei zusätzliche kommunale Unterstützungsleistungen über die bereitgestellten Lehrerwochenstunden des Landes hinaus vor. Die Erfahrungen zeigen jedoch, dass insbesondere für die erfolgreiche pädagogische Entwicklung aber auch den Betrieb einer Gemeinschaftsschule in besonderem sozialen Umfeld zusätzlicher sozialpädagogischer Bedarf besteht.

Deshalb soll die bestehende Regelungslücke für Unterstützungsleistungen an Gemeinschaftsschulen geschlossen werden. Finanziell entstehen keine Mehrkosten, wenn Gemeinschaftsschulen aus bestehenden Ganztagswerkrealschulen hervorgehen, da diese Schulen in der Regel mit zusätzlichen kommunalen Stunden in erheblichem Umfang ausgestattet waren.

Um eine Betreuungslücke an der Brüder-Grimm-Grundschule in Feudenheim zu schließen, hat der Gemeinderat die Finanzierung einer Schulkind-Betreuungsgruppe in freier Trägerschaft beschlossen. Einige Eltern hatten für das laufende Schuljahr keinen Betreuungsplatz erhalten können. Sie benötigen eine Betreuung ihrer Kinder bis 17 Uhr, um weiter berufstätig bleiben zu können. Die bestehenden Kapazitäten im Hort an der Schule, Kinderhaus und in der Einrichtung der Diakonie sind erschöpft.

Vor diesem Hintergrund bietet der anerkannte Träger der Jugendhilfe In-Familia e.V. die Einrichtung einer Betreuungsgruppe in angemieteten Räumen in der Paulusbergstraße 9 c an. Der Träger ist ein bewährter Kooperationspartner in der Kindertagespflege. Die Höhe des Zuschusses beläuft sich auf 74.390 Euro jährlich ab 2017; 2016 fallen anteilig ab September inklusive einer einmaligen Einrichtungspauschale von 2100 Euro 26.897 Euro an. (red)

### Fraktion im Gemeinderat FW-ML

Der Bürgerservice vor Ort, die Bürgerdienste, sind für Mannheim – die Stadt der Stadtteile – unverzichtbar. Dank der eindeutigen Stellungnahme der Mannheimer Bürgerschaft und der Presse ist Wunsch nach Erhalt der Bürgerdienste in den Stadtteilen eindeutig. Zahlreiche Anliegen können die Bürgerinnen und Bürger in den vertrauten Räumen der Vor-Ort-Rathäuser mit den freundlichen und kompetenten städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oftmals mühelos ihre Anliegen erledigen.

Der Aufschrei der Bürgerschaft kommt rechtzeitig, um die Kommunalpolitik und Verwaltung vor weiterer Fehlplanung zu bewahren.

Es ist für die Bürgerinnen und Bürger auch völlig unverständlich wenn die Verwaltung einerseits vorträgt, dass vorhandene Personal im Bereich Bürgerservice sei nicht ausgelastet und zu-



Die Gemeinderatsfraktion der FW-ML. FOTO: FW-ML

gleich die Unterstützung und Mitwirkung z.B. beim Volkstrauertag kurzfristig gestrichen wird. Als die ersten Pläne der Verwaltung über Reduzierung von Öffnungszeiten und Bürgerdiensten bekannt wurden, durfte die Verwaltung noch auf eine große Mehrheit im Gemeinderat für ihre Sparpläne hoffen.

Ein Antrag von uns Freie Wähler – Mannheimer Liste, die Kürzung von Öffnungszeiten zu verhindern, wurde wäh-

rend der letzten Haushaltsberatungen von der breiten Mehrheit des Gemeinderates zu unserem Erstaunen abgelehnt.

Es ist eine bittere Erfahrung, dass zunächst durch Kürzungen von Öffnungszeiten Dienste im noch geringeren Umfang in Ansprache genommen werden. Die Folge hieraus ist meist der Vorschlag der Verwaltung, die Dienste wegen zu geringer Inanspruchnahme „neu

zu strukturieren“ und letztlich gänzlich zu schließen. Wir fordern ein Umdenken der Verwaltungsspitze und des Gemeinderats, denn die Bürgerdienste haben sich bewährt.

Die Verwaltung ist nach dem breiten Votum aus der Bürgerschaft aufgefordert, den Bestand der Vor-Ort-Rathäuser und ihre Öffnungszeiten sicherzustellen. Die Rathaus „zentrale“ verzeichnet seit Jahren einen stetigen Personalzuwachs.

Wenn es zutrifft, dass Arbeitskraft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bürgerdienste quasi zur Verfügung steht, dann gilt es Konzepte zu entwickeln, wie eine Aufgabenerledigung der Rathaus „zentrale“ zur Erledigung in die Bürgerdienste vor Ort verlagert werden kann.

Nicht weniger, sondern mehr Bürgerdienst in den Vor-Ort-Rathäusern stärkt die Stadt der Stadtteile.

Uns interessiert Ihre Meinung. Sind die Bürgerdienste verzichtbar? Wir sind für Sie erreichbar unter der Rufnummer 0621 293-9402 oder per E-Mail an [mannheimerliste@mannheim.de](mailto:mannheimerliste@mannheim.de). (red)

## Mehr Platz für Fußgänger\*innen

Mannheim trifft erste Maßnahmen zur Stärkung des Fußverkehrs



Gesamtfraktion der GRÜNEN. FOTO: GRUENE

verkehrs und insbesondere seiner Probleme erstellt hat. Die Maßnahmen in der Innenstadt können aber nur als Einstieg gesehen werden. Der Straßenverkehr in Mannheim ist noch immer viel zu stark auf Kraftfahrzeuge

fokussiert. Das hat negative Konsequenzen für all jene, die die Luft in unserer Stadt nicht zusätzlich durch Abgase belasten. Weitere Maßnahmen in der Innenstadt und Neckarau, dem zweiten im Rahmen des Fußverkehrs-

Check untersuchten Stadtteil, müssen zwingend folgen. Freie Gehwege für Fußgänger\*innen sind das Mindeste, aber wir müssen auch über sichere Straßenübergänge und angepasste Ampelschaltungen sprechen und wir müssen dafür Sorge tragen, dass dafür die entsprechenden Mittel im Haushalt eingestellt werden. Fuß- und Radverkehr dürfen nicht länger das Stiefkind der Verkehrsplanung sein. Wir brauchen vernetzte und nachhaltig geplante Mobilitätsmöglichkeiten.

Gabriele Baier, Raymond Fojkar, Gerhard Fontagnier, Dirk Grunert, Wolfgang Raufelder, Melis Sekmen, Nuran Tayanc, Elke Zimmer

Haben Sie Interesse an weiteren Informationen? Sie finden uns im Rathaus E 5, 68159 Mannheim und erreichen uns telefonisch unter 0621-293 9403 sowie im Internet unter [www.gruene-mannheim.de](http://www.gruene-mannheim.de).

## 17. Oktober: Stadtteilgespräch Schwetzingenstadt und Oststadt

Bürgerinnen und Bürger haben das Wort

### Fraktion im Gemeinderat SPD

Was beschäftigt die Menschen in Mannheim? Was wünschen sie sich für ihren Stadtteil? Was würden sie gerne ändern oder verbessern? Das möchte die SPD wissen. Deshalb lädt die Gemeinderatsfraktion in regelmäßigen Abständen zusammen mit SPD-Ortsvereinen und den SPD-Mitgliedern in den Bezirksbeiräten zum Stadtteilgespräch ein. Der nächste Termin ist am 17. Oktober in der Schwetzingenstadt.

Dann gilt erneut: Bürgerinnen und



: In der Fraktion kümmern sich Helen Heberer, Nazan Kapan und Dr. Boris Weirauch MdL besonders um Schwetzingenstadt und Oststadt. FOTO: SPD

Bürger reden – Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker hören zu. Wie immer dokumentieren die Mitglieder der SPD-Fraktion die Anregungen und Vorschläge für Verbesserungen und berichten einige Zeit später darüber, welche Initiativen daraus hervorgingen.

Das Stadtteilgespräch beginnt um 19 Uhr im „Roten Haus“ in der Seckenheimer Straße 72. Mehr Infos unter [www.spd-gemeinderatsfraktion-mannheim.de](http://www.spd-gemeinderatsfraktion-mannheim.de), per Mail: [spd@mannheim.de](mailto:spd@mannheim.de) oder Tel. 293 2090.

#### Rechtlicher Hinweis

Die Fraktionen und Gruppierungen übernehmen die inhaltliche Verantwortung für ihre Beiträge.